



DIE ZUKUNFT DER ARBEIT GESTALTEN

Eine Reflexion der COMECE-Sozialkommission





DIE KATHOLISCHE KIRCHE
IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Square de Meeûs 19
B- 1050 Brüssel (Belgien)

Tel. +32 2 235 05 10

Mail: comece@comece.eu

Web: www.comece.eu



<https://www.facebook.com/comeceeu>



<https://twitter.com/comeceeu>



<https://www.instagram.com/comeceeu>



<https://www.linkedin.com/company/1241463>

@COMECE - Oktober 2018

(Überstetzung aus dem Englischen)

INHALTSVERZEICHNIS

ZUSAMMENFASSUNG	3
EINLEITUNG	7
ARBEIT ALS ZENTRALER BESTANDTEIL UNSERER GESELLSCHAFT	9
DEN WANDEL VERSTEHEN	13
EINE MENSCHENWÜRDIGE, NACHHALTIGE UND MITBESTIMMTE ARBEITSWELT FÜR ALLE	21
EMPFEHLUNGEN	37
ANHANG	43

Die in diesem Bericht geäußerten Ansichten sind die der Autoren und geben nicht notwendigerweise die Meinung der Bischöfe der COMECE wieder.



ZUSAMMENFASSUNG

Die Gestaltung des digitalen und ökologischen Wandels unserer Wirtschaft ist eine gemeinsame Herausforderung der europäischen Politik. Beide Entwicklungen werden die Bedingungen wie auch unser Verständnis von Arbeit verändern und den politischen Willen als auch ihre Vision in der Gestaltung der neuen Arbeitswelt erfordern.

Beide Veränderungen in der Arbeitswelt betreffen uns alle und werden einen Einfluss auf das gesellschaftliche Zusammenleben haben. Die Reflexion der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Union (COMECE) ermutigt daher die EU-Institutionen den Wandel so zu gestalten, **dass dieser jedem Bürger wie auch der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit zu Gute kommt.** Das Dokument, das die COMECE-Sozialkommission in enger Abstimmung mit katholischen Organisationen und Bewegungen in Europa erarbeitet hat, soll somit in die Diskussion über die künftigen Prioritäten der EU einfließen. Zugleich soll es zur globalen Initiative zur Zukunft der Arbeit beitragen, die die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) anlässlich ihres bevorstehenden 100-jährigen Jubiläums führt.

Die Reflexion ist in vier Kapitel unterteilt: Sie beginnt mit einer generellen **Einordnung des Arbeitsbegriffs.** Diese stellt heraus, dass Arbeit mehr als die Quelle für Einkommen, sondern für den Menschen in der Gesellschaft **sinnstiftend** ist. Arbeit kann uns helfen, unseren Platz in der Gesellschaft zu finden, uns persönlich zu entfalten und unseren Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung zu leisten, indem wir das gemeinsame Haus für heutige und nächste Generationen gestalten.



Weit über ihren finanziellen Aspekt hinaus spielt Arbeit daher eine zentrale Rolle in unserem Leben und der Wandel in der Arbeitswelt kann neue Möglichkeiten in der Schaffung und Förderung guter Arbeit eröffnen. **Die Analyse im zweiten Kapitel hebt jedoch auch einige Herausforderungen hervor,** die das Potenzial von Arbeit als Beitrag zum Gemeinwohl beeinträchtigen:

- ⇒ **Die Polarisierung in der Verteilung von Arbeit** nimmt in zahlreichen Mitgliedsstaaten zu, da die Digitalisierung und Automatisierung viele Beschäftigungsmöglichkeiten für hochqualifizierte Menschen geschaffen haben, während routinemäßige Tätigkeiten der Mittelschicht wegfallen
- ⇒ **Neue flexiblere Beschäftigungsformen stellen das EU-Arbeitsrecht vor neue Herausforderungen** und können ohne einen rechtlichen Rahmen die notwendige Planbarkeit und Sicherheit im Arbeitsleben beeinträchtigen
- ⇒ **Die Grenze zwischen Berufs- und Privatleben verschwimmt zusehends:** Die Telearbeit ermöglicht mehr Eigenständigkeit in der Gestaltung der Arbeitszeit, doch spüren immer mehr EU-Bürger den Druck der Arbeit, der ihnen weniger Raum für ehrenamtliches Engagement und Familienleben lässt

Auf Grundlage dieser Analyse ermutigt der Beitrag der COMECE, **den aktuellen Wandel so zu gestalten, dass er eine menschenwürdige, nachhaltige und mitbestimmte Arbeitswelt für alle schafft.** Diese Vision baut auf das Konzept einer Wirtschaft auf, die der ganzheitlichen Entwicklung des Menschen dient und die folgenden Aspekte vereinigt:

- ⇒ **Diese Arbeitswelt wird menschenwürdig sein,** wenn sie gerechte Arbeitsbedingungen fördert und ein würdiges familienorientiertes Einkommen sowie ausgeglichene Arbeitszeiten gewährt

ZUSAMMENFASSUNG | 5

- ⇒ **Diese Arbeitswelt wird nachhaltig sein**, wenn sie anhand der ökologischen Dimension des Arbeitsbegriffs die Grundlagen für ein stabiles und ertragreiches Leben der heutigen und künftigen Generationen legt
- ⇒ **Diese Arbeitswelt wird mitbestimmt sein**, wenn Beschäftigte und Arbeitgeber auf allen Ebenen die Bedingungen ihrer Arbeit im sozialen Dialog gemeinsam gestalten und zudem in dreigliedriger Partnerschaft mit dem Staat den ordnungspolitischen Rahmen ihrer Arbeit mitbestimmen
- ⇒ **Diese Arbeitswelt wird integrativ sein**, wenn sie sich auf das vorrangige Ziel der Vollbeschäftigung konzentriert und jedes Mitglied befähigt, eine menschenwürdige, nachhaltige und mitbestimmte Arbeit zu finden

Anhand der Vision schlägt der Beitrag 17 **Empfehlungen** für die EU-Institutionen vor (siehe Seite 37).



Die Vision einer menschenwürdigen, nachhaltigen und mitbestimmten Arbeitswelt für alle.

Quelle: Eigene Abbildung.



6 | DIE ZUKUNFT DER ARBEIT GESTALTEN

EINLEITUNG

Die Bewältigung der Wirtschaftskrise prägte die Europawahlen 2014. Für die kommenden fünf Jahre gilt es jedoch, nach vorne zu schauen und die Herausforderung anzunehmen, den digitalen als auch ökologischen Wandel der Gesellschaft und Wirtschaft zu gestalten. Beide Entwicklungen werden die Arbeitswelt weiter nachhaltig verändern und gehen einher mit Unsicherheiten, die uns am Zugang der Arbeit, ihren Bedingungen und unserem Verständnis von Arbeit zweifeln lassen.

Für die Kirche war Arbeit immer eine menschliche und daher christliche Priorität: Inmitten der Industrialisierung des späten 19. Jahrhunderts wies Papst Leo XIII. auf die Folgen des technologischen Wandels und der Massenproduktion für den Menschen hin.² Heute fühlt sich die Kirche wieder ihrer Mission verpflichtet, die Zeichen der Zeit³ - die Digitalisierung, künstlicher Intelligenz und den ökologischen Wandel - zu erkennen und hierbei auf die Würde der Arbeit zu achten.

Inspiziert durch die katholische Soziallehre **trägt dieses Dokument mit einer soziaethischen Reflexion zur aktuellen Debatte über die zukünftige Arbeitswelt in Europa bei.** Es soll sowohl in die Diskussion der Agenda der nächsten EU-Kommission und des kommenden Europäischen Parlaments einfließen und zugleich zur globalen Initiative zur Zukunft der Arbeit beitragen, die die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) anlässlich ihres

1 Vgl. Papst Franziskus (2017), *Ansprache anlässlich der Begegnung mit Vertretern der Welt der Arbeit in Genua*: <https://bit.ly/2DVAzNa>.

2 Vgl. Papst Leo XIII. (1891), *Rerum Novarum – Über die Arbeiterfrage*: <https://bit.ly/2OrVzwr>.

3 Vgl. Zweites Vatikanisches Konzil (1965), *Pastoralkonstitution der Kirche in der Welt Gaudium et Spes*, 78.



bevorstehenden 100-jährigen Bestehens führt.⁴

Obgleich diese Reflexion auch die Bedeutung der Freiwilligen- und Familienarbeit hervorhebt, setzt sie sich vordergründig mit Erwerbsarbeit auseinander. Das Dokument betont die Notwendigkeit für eine klare europäische Vision in der Gestaltung des Wandels in der Arbeitswelt, damit die Veränderungen allen Personen und der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit Vorteile bringen werden. Nach einer kurzen Einordnung zum Verständnis der Arbeit skizziert der Beitrag die Herausforderungen in der *neuen* Arbeitswelt und erarbeitet die Vision einer menschenwürdigen, nachhaltigen und mitbestimmten Arbeitswelt für alle. Aus dieser zentralen Idee leitet die Reflexion schließlich 17 Empfehlungen für die Europäische Union ab.

4 Vgl. <http://www.ilo.org/global/topics/future-of-work/lang--en/index.htm> (in Englisch).

ARBEIT ALS ZENTRALER BESTANDTEIL UNSERER GESELLSCHAFT

Arbeit bietet uns mehr als nur die Sicherung unseres Lebensunterhalts. Sie ist ein integraler Bestandteil der menschlichen Identität und definiert unsere Rolle als Menschen in der Gesellschaft. In Zeiten des beschleunigten technologischen Wandels muss die Vollbeschäftigung daher das vorrangige Ziel für Politik und Wirtschaft in Europa bleiben, damit wir unsere Gesellschaft gerecht und inklusiv gestalten können.

Aus der Perspektive der katholischen Soziallehre „*sind wir mit der Berufung zur Arbeit geschaffen*“, erklärt Papst Franziskus in *Laudato si'*⁵. Erwerbsarbeit, die auf menschenwürdige, gute Bedingungen aufbaut, versorgt uns somit nicht nur mit einem finanziellen Einkommen, sondern trägt gemeinsam mit Freiwilligen- und Familienarbeit in vielfacher Weise zu unserer Entwicklung bei:

⇒ **Teilhabe an der Schöpfung.** Unsere Zeit ist von der dringenden Notwendigkeit einer ökologischen Umkehr gekennzeichnet. In diesem Zusammenhang ist es daher umso wichtiger, Arbeit auch als Verpflichtung zu verstehen, die Schöpfung, die uns Gott über vergangene Generationen anvertraut hat, zu bewahren.⁶ Nach den biblischen Schöpfungsberichten hat Gott den Menschen in den gerade geschaffenen Garten gesetzt, um diesen nicht nur zu

5 Vgl. Papst Franziskus (2015), *Laudato si'*, Enzyklika über die Sorge für das gemeinsame Haus, Par. 118: <https://bit.ly/1FofNK1>.

6 Vgl. ebd., Par. 124: <https://bit.ly/1FofNK1>.



bearbeiten, damit er ergiebig wird („*bebauen*“), sondern auch um das Vorhandene zu bewahren („*hüten*“).⁷ So ist die Arbeit Teil unserer Berufung, unser gemeinsames Haus auf eine umsichtige Art und Weise zu errichten, damit dieses sowohl für heutige als auch für kommende Generationen ertragreich bleibt.

⇒ **Umfassende Eingliederung in die Gesellschaft.** Arbeit hilft uns, unsere Rolle in der Gesellschaft zu finden, und ist die präferierte Möglichkeit, aus Menschen mit unterschiedlichen Herkunft und Lebenswegen eine inklusive und aktive Gesellschaft zu bilden. Durch Arbeit erhalten wir soziale Anerkennung. Wir spüren, dass wir von der Gesellschaft gebraucht werden und eine Rolle in der Gestaltung unserer Gemeinschaft spielen. Indem wir Aufgaben mit unseren Kollegen teilen und etwas zusammen schaffen, lernen wir voneinander, kommen ins Gespräch, überwinden oft Vorurteile und bauen vertrauensvolle Beziehungen auf.

⇒ **Persönliche Entfaltung.** Schließlich legt eine menschenwürdige und nachhaltige Arbeit den Rahmen für unsere vielseitige persönliche Entwicklung, „*wo viele Dimensionen des Lebens ins Spiel kommen: die Kreativität, die Planung der Zukunft, die Entwicklung der Fähigkeiten, die Ausübung der Werte, die Kommunikation mit den anderen [...]*“⁸. Durch Arbeit entwickeln wir nicht nur unsere Fähigkeiten, sondern werden auch zu verantwortungsbewussten, kritisch denkenden und unabhängigen Bürgern. Tatsächlich gedeihen wir durch Arbeit, denn Jugendliche werden Erwachsene durch Arbeit und sie „*salbt' uns mit Würde, erfüllt uns mit Würde*“⁹.

7 Vgl. ebd.; Genesis (2:15).

8 Papst Franziskus (2015), *Laudato si'*, Enzyklika über die Sorge für das gemeinsame Haus, Par. 127: <https://bit.ly/1FofNK1>.

9 Papst Franziskus (2013), Generalaudienz zum 1. Mai: <https://bit.ly/2v2OseO>.

ARBEIT ALS ZENTRALER BESTANDTEIL UNSERER GESELLSCHAFT | 11

Arbeit kann daher eine entscheidende Rolle spielen, indem sie unserem Leben Sinn stiftet, uns als Gesellschaft zusammenführt und unsere Talente freisetzt. Im tiefgreifenden Wandel der Arbeitswelt sollte sich die Politik daher stets dem Ziel der Vollbeschäftigung verpflichtet fühlen und die Veränderungen so gestalten, dass diese eine Entwicklung der Wirtschaft unterstützt, die sich am Wohle der Menschen orientiert.

12 | DIE ZUKUNFT DER ARBEIT GESTALTEN



DEN WANDEL VERSTEHEN

Die zentrale Bedeutung von Arbeit verpflichtet uns, den aktuellen Wandel in der Arbeitswelt zum Wohle aller zu gestalten. Aktuelle Tendenzen, wie die Polarisierung in der Verteilung von Arbeit, das Aufkommen neuer Beschäftigungsformen und der steigende Arbeitsdruck, zeigen, dass politisches Handeln zur Erreichung dieses Ziels gefordert ist.

Lange vor der Digitalisierung war die Arbeitswelt bereits durch Wandel und Anpassung geprägt: Schon 1981 wies Papst Johannes Paul II. auf Veränderungen der technologischen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse hin, die „auf die Welt der Arbeit und der Produktion ebenso starke Auswirkungen haben werden wie die industrielle Revolution des vorigen Jahrhunderts“.¹⁰ Die treibenden Kräfte sah er damals in der weit verbreiteten Automatisierung der Produktion, der beschleunigten Globalisierung und dem „steigende[n] Wissen um die Begrenztheit der Natur und deren untragbaren Verschmutzung“¹¹. Während diese Veränderungen in ihrer Komplexität und Geschwindigkeit zugenommen haben, sind in den vergangenen Jahren neue Faktoren, wie die Digitalisierung, künstliche Intelligenz und neue Möglichkeiten in der Verarbeitung großer Datenmengen als treibende Kräfte hinzugekommen.

Zusammenhaben diese Veränderungen Innovationen gefördert und waren Triebfeder in der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Während die wissenschaftliche Auseinandersetzung über die negativen und

¹⁰ Vgl. Heiliger Papst Johannes Paul II. (1981), *Laborem Exercens – Enzyklika über die menschliche Arbeit zum Neunzigsten Jahrestages der Enzyklika "Rerum Novarum"*: <https://bit.ly/2wIxxnc>

¹¹ Ebd.



positiven Konsequenzen dieses Wandels nicht der Kirche obliegt, sieht sie es als ihren Auftrag, in diesem Veränderungsprozess auf die Würde und Rechte der arbeitenden Menschen zu achten, auf negative Entwicklungen hinzuweisen und schließlich den Wandel in eine Richtung zu führen, dass er echten Fortschritt ermöglicht.¹² In der Verpflichtung dieses Auftrags müssen wir daher darauf hinweisen, dass die zukünftige Arbeitswelt auch mit Herausforderungen einhergeht, die uns alle als europäische Gemeinschaft und ganz besonders junge Menschen, Familien und engagierte Bürger im Ehrenamt betreffen:

1. ZUNEHMENDE POLARISIERUNG IN DER VERTEILUNG DER ARBEIT IN EUROPA

Während der derzeitige Wandel viele Beschäftigungsmöglichkeiten für Bürger mit hohen Bildungsabschlüssen bietet, sind zahlreiche Berufe, die auf Routinetätigkeiten beruhen, gefährdet. Diese werden immer häufiger unter Fortzahlung eines Bruchstücks der Lohnkosten ins Ausland verlagert oder durch Roboter, Maschinen und Algorithmen ersetzt.

Auf der einen Seite werden Kreativität und Erfahrung auf dem europäischen Arbeitsmarkt immer mehr geschätzt, und viele der neu geschaffenen Arbeitsplätze scheinen förderlicher für unsere persönliche Entwicklung zu sein als die Routinetätigkeiten, die über viele Jahre kennzeichnend für die Arbeitswelt waren¹³.

Die aktuellen Beschäftigungsentwicklungen zeigen aber auch, dass in zahlreichen EU-Mitgliedstaaten nicht nur gut bezahlte, sondern auch niedrig vergütete Berufe im Dienstleistungssektor

¹² Vgl. ebd.

¹³ Eurofound (2015), *New forms of Employment, Forschungsbericht*, S. 106: <https://bit.ly/2FS2nOc> (in Englisch), Zusammenfassung auf Deutsch: <https://bit.ly/2eTqf7P>.

zugenommen haben.¹⁴ Dies sind Berufe, die Unternehmen schwer automatisieren oder ins Ausland verlegen können, wie etwa die Kranken- und Altenpflege, Gebäudereinigung und andere persönliche Dienstleistungen. Die Beschäftigten in diesen Berufsgruppen arbeiten unter einem stetig wachsenden Zeitdruck, der der Würde ihrer wichtigen Arbeit nicht entspricht, und erhalten eine niedrige, oft unangemessene Bezahlung.¹⁵ Infolgedessen ist es nicht überraschend, dass die Armut trotz Erwerbstätigkeit EU-weit von acht Prozent im Jahr 2007 auf zehn Prozent im Jahr 2017 gestiegen ist.¹⁶

Auf der anderen Seite sind traditionelle Arbeitsplätze der Mittelschicht, wie Tätigkeiten im Büro, im Einzelhandel und in der Industrie gesunken, was eine Polarisierung in der Arbeitsverteilung in Europa befördert hat. Diese Entwicklung zeigt sich insbesondere in denjenigen EU-Mitgliedsstaaten, in denen Sozialpartnerschaft, Arbeitsmarktpolitik und berufliche Bildung am wenigsten entwickelt sind oder - wie in Südeuropa - nach der Krise geschwächt wurden.¹⁷

Darüberhinaus nutzen wir noch zu wenig die Chancen der Digitalisierung für die Entwicklung des ländlichen Raums und

14 European Commission (2018), *Employment and Social Developments in Europe – Annual Review 2018*, S. 60: <https://bit.ly/2JyUWxn> (in Englisch); vgl auch Eurofound (2017), *Occupational Change and Wage Inequality – European Jobs Monitor 2017*, S. 34: <https://bit.ly/2KKoB8G> (in Englisch), Zusammenfassung auf Deutsch: <https://bit.ly/2zR7TAT>.

15 Katholische Arbeitnehmer-Bewegung e. V. (KAB), Stiftung Zukunft der Arbeit und der sozialen Sicherung (ZASS), Jugendbildungs- und Freizeitgestaltungsverein der KAB (Jubi e. V.) & Weltnotwerk e. V. der KAB (2018): *Zukunft der Arbeit – Arbeit 4.0, Digitalisierung, Menschenwürde*, S. 12, Kettler Verlag GmbH Köln.

16 Eurofound (2017), *In-work Poverty in the EU – Forschungsbericht*, S. 3: <https://bit.ly/2wkFCO6> (in Englisch).

17 Eichhorst, Werner (2017), *Labour Market Institutions and the Future of Work: Good Jobs for All*, Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA) Forschungspapier Nr. 122: <https://bit.ly/2wkIKyX> (in Englisch); ebd. (2015), *Do we have to be afraid of the Future of Work?*, Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA) Forschungspapier Nr. 102, p. 19: <https://bit.ly/2iDscsE> (in Englisch).



das Zusammenwachsen Europas. Ohne weitere Investitionen in die digitale Infrastruktur der ländlichen Gebiete Europas, insbesondere in Osteuropa, wird die digitalisierte Wirtschaft auch künftig die meisten Arbeitsplätze in den städtischen Ballungszentren und reicheren Regionen Europas schaffen. Dies könnte die Arbeitsmigration in die Städte von jungen und sehr gut ausgebildeten Menschen weiter verstärken und die demografischen Herausforderungen in den ländlichen Regionen Europas entgegen aller Möglichkeiten weiter verschärfen.¹⁸

2. SCHWINDENDE ARBEITSPLATZSICHERHEIT FÜR JUNGE MENSCHEN

Zugleich ist die heutige Arbeitswelt zunehmend von flexibleren Beschäftigungsverhältnissen, wie befristeten Anstellungen, Teilzeitverträgen oder Leiharbeit gekennzeichnet. An der Spitze dieser Entwicklung stehen neue Beschäftigungsformen, die insbesondere in der sogenannten kollaborativen Wirtschaft (Online-Plattformwirtschaft oder *Shared Economy*) zum Zuge kommen¹⁹. Bekannte Beispiele dieser Arbeit, die über Internetportale und Handy-Apps angeboten werden, sind der Taxi-Vermittlungsdienst *Uber* oder das Internetportal für Arbeitsaufträge *Amazon Mechanical Turk*.

Diese neue Form der Arbeit hat durchaus das Potenzial, zusätzliche Einkommensquellen, Unternehmergeist und die Entwicklung innovativer Lösungen zu fördern. Es gibt jedoch auch eine Reihe von Internetportalen, die lediglich vorgeben, nur Vermittler zwischen Verbrauchern und Dienstleistern zu sein. Eine genauere Betrachtung zeigt jedoch allzu oft, dass einige Internetplattformen wie Arbeitgeber auftreten, indem sie Nutzern auf ihren Plattformen teils genaue Anweisungen zur Ausführung

18 Eurofound (2017), *Occupational Change and Wage Inequality – European Jobs Monitor 2017*, S. 14, <https://bit.ly/2KKoB8G> (in Englisch).

19 Eurofound (2015), *New forms of Employment, Forschungsbericht*, S. 106: <https://bit.ly/2FS2nOc> (in Englisch), Zusammenfassung auf Deutsch: <https://bit.ly/2eTqf7P>.

ihrer Arbeit erteilen.²⁰ Außerdem lagern Unternehmen zunehmend Aufgaben und Projekte an Freiberufler oder *Crowdworker* aus, die ohne Vertragsbasis und Achtung der Mindeststandards über Internetportale wie *Amazon Mechanical Turk* für ihre Auftraggeber arbeiten.²¹

Diese Entwicklung befördert eine weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, in dem der Arbeitnehmer, allein für die Bedingungen seiner Arbeit und seine soziale Absicherung sorgen muss²². Zudem hindert die Unsicherheit der kurzfristigen und flexiblen Beschäftigungen zahlreiche junge EU-Bürger, eine Familie zu gründen, ein Eigenheim zu bauen oder vorausschauend für ihre Zukunft zu planen. Beschäftigte kommen allein für Kosten der Weiterbildung auf oder erhalten diese kaum, wenn sie nur befristet angestellt sind. Dabei betonen doch Politiker wie auch Experten, dass im digitalen Wandel die Weiterbildung im Unternehmen eine Grundvoraussetzung für die Sicherung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit sei.²³

Die Politik ist daher gefordert, das nationale wie auch europäische Arbeitsrecht so anzupassen, dass es auch die Arbeiter in den neuen Beschäftigungsformen schützt. Denn ihre Zahl wird in den kommenden Jahren in Europa weiterwachsen.²⁴

²⁰ Europäische Kommission (2018), *Employment and Social Developments in Europe – Annual Review 2018*, S. 59: <https://bit.ly/2IvUWxn> (in Englisch);

²¹ Turk, Žiga (2018), *The future of Work: Robots Cooking Free Lunches?*, Wilfried Martens Centre for European Studies publication, S. 33: <https://bit.ly/2NCKxXr> (in Englisch).

²² Degryse, Christoph (2016), *Digitalisation of the Economy and its Impact on Labour Markets*, European Trade Union Institute (ETUI) Working Paper 2016.02, S. 34, <https://bit.ly/2IlkfGA> (in Englisch).

²³ Ebd.

²⁴ Turk, Žiga (2018), *The future of Work: Robots Cooking Free Lunches?*, Wilfried Martens Centre for European Studies publication, S. 33: <https://bit.ly/2NCKxXr> (in Englisch).



3. NEUE CHANCEN UND RISIKEN FÜR DIE VEREINBARKEIT VON FAMILIE, BERUF UND EHRENAMT

Die Verbreitung und Nutzung neuer Technologien hat die Grenze zwischen Berufs- und Privatleben allmählich verwischt, da eine wachsende Zahl von Bürgern heutzutage von jedem Ort zu jeder Zeit arbeiten kann.

Obwohl Telearbeit und flexiblere Arbeitszeitregelungen Menschen helfen können, Familien- und Berufsleben besser zu vereinbaren, kann die Entgrenzung der Arbeitswelt ohne jegliche Rahmenordnung auch zu einer weiteren Intensivierung der Arbeit führen. Immer mehr Menschen in Europa spüren einen zunehmenden Druck am Arbeitsplatz, zumal sie heutzutage häufiger in Projekten und in Berufen arbeiten, die sich an Ergebnissen und kurzfristigen Erfolgen orientieren: 25% der Arbeitnehmer in der EU berichten, dass sie während des gesamten oder eines Großteils ihres Berufslebens unter arbeitsbedingtem Stress stehen²⁵. Immer mehr Menschen spüren den Zeitdruck im Arbeitsleben und sehen sich einer Kultur der ständigen Verfügbarkeit ausgesetzt, die sich negativ auf ein ausgewogenes Leben zwischen Beruf, Familie und Gesellschaft wie auch auf die Gesundheit auswirken kann. Dies ist besorgniserregend, da sowohl Kreativität als auch die Fähigkeit, ausgewogene Entscheidungen zu treffen - also die Schlüsselkompetenzen der heutigen Wirtschaft - lange und ausreichende Ruhepausen erfordern.

Entgegen dieser Erkenntnisse werden gemeinsame Ruhezeiten, die frei von Produktion und Konsum sind, und in denen die Gesellschaft als Ganzes zur Ruhe kommt, in Frage gestellt. Der Mensch wird überwiegend als Konsument und Produzent verstanden, „dessen Gewinn vor allem in der Optimierung seiner

²⁵ EU-OSHA (2014) *Psychosocial risks in Europe – Prevalence and strategies for prevention*: <https://bit.ly/1OD04N0> (in Englisch), Zusammenfassung auf Deutsch: <https://bit.ly/1OD04N0>.

finanziellen Einkünfte bestünde“.²⁶ Der Sonntag, der in der Kultur aller EU-Mitgliedsstaaten als wöchentlicher Ruhetag anerkannt ist²⁷ und bis 1996 durch europäisches Recht geschützt war, ist in vielen Ländern ein weiterer, normaler Tag geworden, an dem Geschäfte geöffnet sind. Gerade in dieser Zeit der Beschleunigung sehen wir jedoch die Notwendigkeit für einen gemeinsamen Tag, der es uns ermöglicht, als Gesellschaft zur Ruhe zu kommen, uns im Ehrenamt zu engagieren und Zeit mit unserer Familie und Freunden zu verbringen.

²⁶ Kongregation für die Glaubensfrage & Dikasterium für den Dienst zugunsten der ganzheitlichen Entwicklung des Menschen (2018), *Oeconomicae et pecuniarum quaestiones – Erwägungen zu einer ethischen Unterscheidung bezüglich einiger Aspekte des gegenwärtigen Finanzwirtschaftssystem*: <https://bit.ly/2LbRB9k>.

²⁷ Europarat (1996), *Europäische Sozialcharta (revidiert)*, Art. 2 (5).



EINE MENSCHENWÜRDIGE, NACHHALTIGE UND MITBESTIMMTE ARBEITSWELT FÜR ALLE

Vor dem Hintergrund einer sich rasch ändernden Arbeitswelt benötigt Europa eine gemeinsame Vision über die Rolle der Politik in der Gestaltung des Wandels. Inspiriert durch die katholische Soziallehre glauben wir daher an die Vision einer menschenwürdigen, nachhaltigen und mitbestimmten Arbeitswelt, die allen offensteht.

GRUNDVORAUSETZUNG: EINE WIRTSCHAFT IM DIENST DER GANZHEITLICHEN ENTWICKLUNG DES MENSCHEN

Diese Vision baut auf einer Wirtschaft auf, die sich an ihrem ureigensten Ziel orientiert, dem Menschen zu dienen. Die Europäische Union, die für ihre ausgeprägten Wohlfahrtssysteme und hohen Lebensstandards bekannt ist, trägt eine besondere Verantwortung, dieses am Menschen orientierte Leitbild zu fördern.

Die Ursachen wie auch die Konsequenzen der Finanzkrise haben jedoch gezeigt, dass der



Die Vision einer menschenwürdigen, nachhaltigen und mitbestimmten Arbeitswelt für alle.
Quelle: Eigene Abbildung.



Mensch, sein Wohlergehen und sein Recht auf gesellschaftliche Teilhabe in Europa nur eine untergeordnete Rolle spielten. Stattdessen rechtfertigen wir weiterhin ein System, „in der Spekulation und ein Streben nach finanziellem Ertrag vorherrschen, die dazu neigen, den gesamten Kontext wie auch die Wirkungen auf die Menschenwürde und die Umwelt zu ignorieren“²⁸. Arbeiter und ihre Familie werden allzu oft zu bloße Statistiken, kostenintensive Arbeitskräfte und Humankapital reduziert, die aus Gründen der Gewinnmaximierung durch Maschinen oder „günstigere“ Arbeiter im Ausland ersetzt werden können.²⁹ Dieser strikte Fokus auf kurzfristige Vorteile für Aktionäre und der zunehmende Wettbewerb innerhalb der Unternehmen untergraben in der Konsequenz das Vertrauen, das doch die Seele jeder Organisation sein sollte.³⁰

Gemeinsam mit ihren Mitgliedsstaaten könnte die EU jedoch vorangehen und beweisen, dass die Zukunft der Arbeit für alle Vorteile bringen wird und dass nicht allein der finanzielle Gewinn der Unternehmen, sondern die ganzheitliche Entwicklung ihrer Bürger im Mittelpunkt der Wirtschaft steht. Seit vielen Jahren zeigen uns Genossenschaften³¹, sozialwirtschaftliche Unternehmen, eine wachsende Anzahl von kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) und soziale Intrapreneure³², dass Unternehmensführung mehr als Gewinnerzielung ist, sondern

²⁸ Papst Franziskus (2015), *Laudato si'*, Enzyklikal über die Sorge für das gemeinsame Haus, Par. 56: <https://bit.ly/1FofNK1>.

²⁹ Vgl. Papst Franziskus (2017), *Ansprache anlässlich des COMECE (Re)thinking-Europe-Dialogs*: <https://bit.ly/2ydIRKn>; vgl. auch Develtere, Patrick (2016), *A Plea for Qualitative Growth: Quality is better than more*, beweging.net (in Englisch).

³⁰ Vgl. Papst Franziskus (2017), *Ansprache anlässlich der Begegnung mit Vertretern der Welt der Arbeit in Genua*: <https://bit.ly/2DVAzNa>.

³¹ Zum Beispiel *Mondragon Corporation* mit Sitz im Baskenland in Spanien und 1956 gegründet vom katholischen Priester José Maria Arizmendiarieta.

³² *Soziale Intrapreneur* ist ein Angestellter, der innovative Dienstleistungen und Produkte mit positiver sozialer Wirkung im eigenen Unternehmen fördert.

eine noble Berufung „um dem Gemeinwohl besser zu dienen“³³ und um „einen unerlässlicheren Beitrag zum materiellen und sogar spirituellen Wohlergehen der Menschen“³⁴ zu leisten. Ebenso haben EU-Mitgliedsstaaten mit starken Wohlfahrtssystemen in der Krise bewiesen, dass sozialer Dialog und ausgeprägte soziale Sicherungssysteme wichtige Investitionen sind, die Bürger in Zeiten von wirtschaftlichen Turbulenzen schützen und zu einer schnellen Erholung beitragen.³⁵

Diese Beispiele sollten die EU dazu ermutigen, die ganzheitliche Entwicklung des Menschen ins Zentrum ihrer Politiken zu setzen. Dieser Ansatz könnte zeigen, dass Solidarität, Bewahrung der Schöpfung und Achtung der Arbeitnehmerrechte mit den Zielen einer freien, wettbewerbsfähigen und innovationsorientierten Marktwirtschaft vereinbar, wenn nicht sogar ergänzend sind.

„Das erfordert die Suche nach neuen Wirtschaftsmodellen, die im höheren Maße inklusiv und gerecht sind“, betonte Papst Franziskus, als er 2016 den Karlspreis erhielt³⁶. In der gleichen Rede hob er ausdrücklich das Modell der Sozialen Marktwirtschaft hervor, das die Idee eines freien Wettbewerbs mit den Prinzipien der Solidarität und Gemeinwohlorientierung verbindet³⁷. Da dieses Modell als eines der Zielbestimmungen in den europäischen

³³ Papst Franziskus (2014), *Botschaft zum Weltwirtschaftsforum, Davos-Kloster, mit Bezug auf Evangelii Gaudium*, Par. 203: <https://bit.ly/2QAsKAU> (in Englisch).

³⁴ Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden (2014), *What does it mean to say that business is a vocation*: <https://bit.ly/2l6n1fd> (in Englisch).

³⁵ Europäische Kommission (2018), *The Resilience of EU Member States to the Financial and Economic Crisis – What are the Characteristics of Resilient Behaviour? – JRC Science for Policy Report*, S. 23: <https://bit.ly/2uriRxa> (in Englisch).

³⁶ Vgl. Papst Franziskus (2016), *Ansprache anlässlich der Verleihung des Karlspreises*: <https://bit.ly/28Omumf>.

³⁷ Vgl. COMECE (2011), *Eine Europäische Solidaritäts- und Verantwortungsgemeinschaft – Erklärung der Bischöfe der COMECE zum EU-Vertragsziel der Wettbewerbsfähigen Sozialen Marktwirtschaft*, S. 9: <https://bit.ly/2dKmqPU>.



Verträgen verankert ist³⁸, ermutigen wir die EU dieses Leitbild neu zu entdecken. Die Europäische Säule sozialer Rechte, die die Union im November 2017 auf höchster Ebene verabschiedet hat, ist ein erster, wichtiger Schritt in diese Richtung. Doch wird es in den kommenden fünf Jahren von entscheidender Bedeutung sein, dieses gemeinsame Versprechen eines sozialen und bürgerorientierten Europas einzuhalten.

Die Säule sollte daher auch über die kommende Europawahl hinaus die europäische Politik mitgestalten und die Grundlage für die EU-Förderpolitik und den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) bilden. Zusammen mit den UN-Zielen der nachhaltigen Entwicklung sollte sie zudem die weitere, generelle Ausrichtung der EU für 2030 mitbestimmen und in die Ausarbeitung einer Nachfolgeagenda der europäischen Zehnjahresstrategie Europa 2020 einfließen.

MENSCHENWÜRDIGE ARBEITSWELT

Ein erster und wichtiger Eckpfeiler in der Gestaltung der künftigen Arbeitswelt ist der Respekt für das universelle Grundrecht auf menschenwürdige Arbeitsbedingungen. Unsere Achtsamkeit für die Wahrung dieses Menschenrechts sollten wir nie allein auf uns EU-Bürger beschränken, sondern uns für die Würde aller Arbeiter einsetzen, die zum Funktionieren unserer globalisierten Wirtschaft beitragen.

Gemäß der ILO-Definition³⁹ fördert uns menschenwürdige Arbeit in unserer persönlichen Entwicklung und befähigt uns zu einem Leben in Würde. Ein digitaler und technologischer Wandel, der routinemäßige und riskante Berufe durch kreativere und erfüllendere Tätigkeiten ersetzen kann, könnte somit potenziell zu einer besseren Arbeitswelt beitragen. Doch sollten wir stets die

³⁸ Vgl. Art. 3 Vertrag über die Europäische Union (EUV).

³⁹ Vgl. <http://www.ilo.org/global/topics/decent-work/lang--en/index.htm>

zwei folgenden Prinzipien nie außer Acht lassen:

Erstens sollte niemandem – ungeachtet ihrer oder seiner Arbeitsstätte und Form der Arbeit – das legitime Recht auf gerechte Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung verweigert werden, die „[Arbeitern] und ihren Familien einen angemessenen Lebensstandard sichert“.⁴⁰ Jede Person, insbesondere diejenigen, die weisungsgebunden arbeiten, sollten einen Anspruch auf einen Kern von durchsetzbaren Rechten haben, die sichere und gesunde Arbeitsplätze garantieren und den Zugang zur Weiterbildung ermöglichen. Wir begrüßen daher den weit gefassten Anwendungsbereich der vorgeschlagenen *EU-Richtlinie über Transparentere und Verlässliche Arbeitsbedingungen*, der die zahlreichen neuen Beschäftigungsformen miteinschließt. Zugleich ermutigen wir die EU und ihre Mitgliedsstaaten, die Würde der Arbeit von denjenigen Beschäftigten im Blick zu haben, die durch ihre berufliche Tätigkeit, insbesondere in der Pflege unserer Familienangehörigen, einen wichtigen Dienst für unsere Gesellschaft und das Gemeinwohl leisten. Angesichts des demografischen Wandels wird der Bedarf für ihre Arbeit weiter zunehmen und es sollte uns daher ein gemeinsames Anliegen sein, ihre Entlohnung und ihre Beschäftigungsbedingungen durch nationale und europäische Politik zu verbessern.

Unsere gemeinsame Aufgabe in der Förderung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen endet jedoch nicht an den europäischen Grenzen. Die EU ist der Sitz vieler multinationaler Konzerne wie auch zugleich einer der größten Verbrauchermärkte weltweit. Wir haben daher die moralische Verantwortung, auf die Einhaltung internationaler Arbeitsnormen in der gesamten Lieferkette zu achten. Die EU sollte daher eine Vorreiterstellung in der Umsetzung der Vereinbarungen der ILO und der Vereinten

⁴⁰ Europarat (1996), *Europäische Sozialcharta (revidiert)*, Art. 4 (1).



Nationen (UN) einnehmen und diese insbesondere durch ihre Freihandelsabkommen mit Drittstaaten fördern.

Zweitens sollten wir uns daran erinnern, dass Arbeit – selbst, wenn diese noch so hoch vergütet wird – nur gut und menschenwürdig ist, wenn diese Raum für ein Leben in Familie und Gesellschaft lässt.⁴¹ Die Analyse hat uns jedoch gezeigt, dass zahlreiche EU-Bürger heutzutage zu jederzeit von jedem Ort aus arbeiten können. Während diese Neuerung mit Chancen einhergeht, wird es unsere gemeinsame Herausforderung sein, zu verhindern, dass diese Flexibilität in der Organisation der Arbeitszeit nicht zu einem Leben führt, das ganz und gar von unserem Beruf bestimmt ist.

Zusammen sollten wir uns stattdessen die gesellschaftlichen Räume bewahren, die es uns ermöglichen, uns für das Gemeinwohl einzusetzen. Dies erfordert zuallererst angemessene Arbeitszeiten, die uns ausreichend Zeit für unsere Familie, Austausch mit unseren Freunden und gesellschaftliches Engagement lässt.

Unternehmen sollten eine Unternehmenskultur fördern, die ihre Mitarbeiter vor langen Arbeitszeiten schützt. Zugleich könnte die EU den Austausch bewährter Praktiken unterstützen, die der aktuellen Entwicklung zu einer Kultur der ständigen Verfügbarkeit entgegenwirken. Denn es gibt bereits vielversprechende Gesetzesbeispiele, wie das *Recht auf Abschalten* in Frankreich. Diese und ähnliche Initiativen können dazu beitragen, uns vor übermäßigen Arbeitszeiten zu schützen, indem wir sie durch Tarifverträge der Sozialpartner oder europäisches und nationales Arbeitsrecht fördern.

Ebenfalls sind wir der festen Überzeugung, dass alle EU-Bürger Anspruch auf menschenwürdige Arbeitszeiten haben sollten, die grundsätzlich Feiertage und Sonntage ausschließen. Wir

⁴¹ Papst Franziskus (2017), *Ansprache anlässlich der Begegnung mit Vertretern der Welt der Arbeit in Genua*: <https://bit.ly/2DVAzNa>.

bekräftigen daher unsere Unterstützung für die Europäische Sonntagsallianz und unterstützen sie in ihrem Ziel, den Sonntag wieder als einen gemeinsamen, gesellschaftlichen Ruhetag im europäischen Recht zu verankern. Der Sonntag ist der einzige Tag der Woche, an dem wir gemeinsame Zeit als Gesellschaft verbringen und *„genießen können, was nicht produziert und nicht konsumiert, was nicht gekauft und nicht verkauft wird“*.⁴² *„Nur ein gut geschützter, gemeinsamer arbeitsfreier Tag in der Woche ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern eine umfassende Teilnahme am kulturellen, sportlichen, sozialen und religiösen Leben. Er ermöglicht ihnen, nach kultureller Bereicherung und geistigem Wohlbefinden zu streben und sich ehrenamtlich und in Vereinen zu engagieren.“*⁴³ Die Wiedereinführung des Sonntagsschutzes durch eine überarbeitete europäische Arbeitszeitrichtlinie könnte somit ein Signal sein, dass die EU mehr als eine Union von wirtschaftlichem Interesse ist, sondern eine Gemeinschaft, die die Rechte und Interessen ihrer Einwohner als Bürger - nicht allein als Akteure in der Wirtschaft - in den Mittelpunkt der gemeinsamen Politik stellt.

NACHHALTIGE ARBEITSWELT

Arbeit sollte nicht allein auf menschenwürdige Bedingungen aufbauen, sondern ebenso in sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht nachhaltig gestaltet sein. Nur dies kann sicherstellen, dass Arbeit die notwendigen Voraussetzungen für ein stabiles und erfülltes Leben für heutige wie auch zukünftige Generationen schafft.

Angesichts immer flexiblerer Beschäftigungsverhältnisse sollten wir Bedingungen unterstützen, die uns ein Mindestmaß an Planbarkeit und Sicherheit für unser gesamtes Arbeitslebens geben. Besonders junge Menschen benötigen Stabilität, um eine

⁴² Papst Franziskus (2015), *Generalaudienz vom 12. August 2015*: <https://bit.ly/2DXQ2MS>.

⁴³ Europäische Sonntagsallianz (2011), *Gründungserklärung zur Bildung einer Europäischen Sonntagsallianz*: <https://bit.ly/2xg4EK7>.

Familie zu gründen, ihr Eigenheim zu bauen und im Leben Fuß zu fassen. Befristete Arbeitsverhältnisse, Nullstunden-Verträge und manche andere neuen Beschäftigungsformen bieten dagegen häufig kein stetiges und damit nachhaltiges Einkommen.

Die EU könnte dagegen der Verbreitung von befristeten Arbeitsverträgen oder anderen flexiblen Beschäftigungsformen, insbesondere Nullstunden-Verträge, als Methode der Kostensenkung Einhalt gebieten. Zugleich könnte die EU den Schutz der Arbeiter stärken, die ihre Dienste über Internetplattformen in der kollaborativen Wirtschaft anbieten. Gerade diese neue Form der Arbeit stellt unser Verständnis in der Unterscheidung zwischen Arbeitnehmer und Selbstständige in Frage und fordert unser Arbeitsrecht wie auch unsere sozialen Sicherungssysteme heraus. Doch gibt es zugleich auch viele Fälle, in denen Internetplattformen klar als Arbeitgeber oder besser gesagt Leiharbeitsfirmen auftreten. Vor diesem Hintergrund könnte die Europäische Kommission bereits tätig werden und prüfen, inwieweit bereits bestehende EU-Vorschriften, wie beispielsweise die EU-Leiharbeitsrichtlinie greifen. Auf Basis dieser Evaluierung könnte sie dann in einem zweiten Schritt entscheiden, ob ein eigener, spezifischer Rechtsrahmen für die Arbeit in der kollaborativen Wirtschaft notwendig ist.

Zugleich müssen wir unser Bildungssystem in einer sich rasch ändernden Arbeitswelt überdenken. In dem Maße wie sich die Technik immer schneller entwickelt, so verändern sich ebenfalls die Anforderungen an unsere Arbeit. Dies erfordert, dass Bildung nicht allein in den frühen Phasen unseres Lebens stattfindet, sondern zu einem konstanten Element unserer persönlichen Entwicklung wird. Lebenslanges Lernen und betriebliche Weiterbildung spielen daher eine zentrale Rolle und die EU-Mitgliedsstaaten sollten prüfen, wie sie Unternehmen und Arbeitnehmer bei der Förderung dieser Systeme unterstützen können. Eine Möglichkeit bestünde darin, ein Erwerbstätigenkonto für Umschulung und



Weiterbildung einzurichten. Beschäftigte, Arbeitgeber und Regierungen könnten ähnlich wie bei den Rentensystemen steuerfrei auf ein solches Konto einzahlen, damit Arbeiter Bildungs- und Umschulungsmöglichkeiten leichter finanzieren können. Das Konto sollte berufsübergreifend übertragbar sein und besondere Anreize für Geringverdiener und Beschäftigte bieten, die im besonderen Maße vom digitalen und ökologischen Wandel betroffen sind.

Unsere Arbeit wird jedoch nur nachhaltig sein, wenn sie zugleich den Lebensunterhalt anderer nicht schädigt oder gar zerstört und wenn sie die Gaben der Schöpfung achtsam und gerecht nutzt.⁴⁴ Wir sollten uns bewusst sein, dass in der heutigen Arbeitswelt alles miteinander verbunden ist und dass die Entscheidung über unseren Lebensstil einen entscheidenden Einfluss auf die Lebensqualität unserer Kinder hat. Unsere Arbeit sollte sich daher nicht von kurzfristigen Zielen leiten lassen, sondern von einer langfristigen Perspektive, die das gegenwärtige Paradigma der Wertschöpfung überwindet und das Recht künftiger Generationen respektiert. Ebenso sollten wir berücksichtigen, dass unsere Arbeit und unser Lebensstil sich bereits heute auf die Menschen in anderen Teilen der Welt auswirken. So zeigen sich die Konsequenzen unseres Handelns besonders dort, wo die Folgen des vom Menschen verursachten Klimawandels das Leben wie auch die Arbeitsbedingungen von Millionen von Menschen beeinträchtigen. Wir sollten daher die Debatte über die Zukunft der Arbeit auch als eine Gelegenheit betrachten, unser Verständnis von gesellschaftlichem Fortschritt in einer Welt zu überdenken, die bereits an ihren ökologischen Grenzen lebt.

⁴⁴ Kongregation für die Glaubensfrage & Dikasterium für den Dienst zugunsten der ganzheitlichen Entwicklung des Menschen (2018), *Oeconomicae et pecuniarum quaestiones – Erwägungen zu einer ethischen Unterscheidung bezüglich einiger Aspekte des gegenwärtigen Finanzwirtschaftssystem*: <https://bit.ly/2LbRB9k>.



Die EU sollte weiter den ökologischen Wandel der Arbeitswelt vorantreiben und besonders diejenigen Berufe und Unternehmen fördern, die im Einklang mit dem biblischen Auftrag stehen, die Schöpfung zu achten. Die Schaffung von zahlreichen hochqualifizierten Arbeitsplätzen im Bereich der erneuerbaren Energien haben bereits bewiesen, dass sich der notwendige Wandel hin zu einer umweltgerechten Wirtschaft positiv auf die Arbeitswelt auswirken kann. Start-ups, sozialwirtschaftliche Unternehmen, *soziale Intrapreneure* und Genossenschaften haben in der Gestaltung dieses Wandels bereits eine Vorreiterrolle in Europa übernommen. Doch fehlen insbesondere den Sozial- und Solidarunternehmen allzu oft die finanziellen Mittel, ihre Ideen umzusetzen.

Der öffentliche Sektor in Europa könnte in der Förderung dieser Unternehmensgruppe eine tragende Rolle spielen, indem dieser bei der Vergabe seiner staatlichen Aufträge auch soziale und ökologische Kriterien beachtet.⁴⁵ Ebenso wird es wichtig sein, die Rechtssicherheit von sozialwirtschaftlichen Unternehmen auf nationaler als auch europäischer Ebene zu verbessern, um ihre Gründung voranzutreiben und um Kooperationen europaweit zu fördern. Wir unterstützen daher den *Vorschlag des Europäischen Parlaments für ein Statut für Sozial- und Solidarunternehmen*⁴⁶, und empfehlen der Europäische Kommission, eine europäische Definition mit einem Gütesiegel für Sozial- und Solidarunternehmen zu erarbeiten.

Ebenso könnte die EU helfen, Nachhaltigkeit zu einem Leitprinzip für die Finanzmärkte und private Investitionen zu machen. Die COMECE begrüßt daher den Vorschlag der Europäischen

⁴⁵ Europäische Kommission (2016), *Social enterprises and the social economy going forward, a call for action from the Commission Expert Group on Social Entrepreneurship (GECES)*: <https://bit.ly/2uiAM5Q> (in Englisch).

⁴⁶ Europäisches Parlament (2018), *EP-Bericht mit Empfehlungen an die Kommission zu einem Statut für Sozial- und Solidarunternehmen* (2016/2257(INL)): <https://bit.ly/2QwqXu2>.

Kommission, einen *InvestEU-Fonds* einzurichten und diesen neben anderen Schwerpunkten auch auf nachhaltige Infrastrukturen in Europa auszurichten.

MITBESTIMMTE ARBEITSWELT

„Wenn es ein Wort gibt, das wir bis zur Erschöpfung wiederholen müssen, dann lautet es *Dialog*“, betonte Papst Franziskus, als er 2016 den Aachener Karlspreis erhielt.⁴⁷ Er erinnert uns daran, dass Dialog das bevorzugte Mittel ist, um Konsens und Zustimmung für eine gerechte, und integrative Gesellschaft zu schaffen. Seine Worte bestärken uns, dass nicht allein die Politik, sondern vorrangig Beschäftigte und Arbeitgebern auf Augenhöhe im sozialen Dialog⁴⁸ die Bedingungen für gute Arbeit schaffen können.

Die Bildung christlicher Arbeitervereinigungen ist ein wichtiges Vermächtnis der Sozialenzyklika *Rerum Novarum* und die katholische Soziallehre hat sich wiederholt für die Beteiligung der Beschäftigten in der Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen eingesetzt.⁴⁹ Ihre gleichberechtigte Einbeziehung sollte stets in einem offenen und partnerschaftlichen Dialog geschehen, der beabsichtigt, die zum Teil unterschiedlichen Interessen von

⁴⁷ Papst Franziskus (2016), *Ansprache anlässlich der Verleihung des Karlspreises*: <https://bit.ly/28Omumf>.

⁴⁸ Nach unserem Verständnis bezieht sich dieser Dialog nicht allein auf Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebervertretern, sondern umfasst alle Formen und Konstellationen des auf die Gestaltung von Arbeitsbedingungen bezogenen Austausches zwischen Beschäftigten und Arbeitgebern sowie rahmenbezogen auch dem Staat, einschließlich dem Dritten Weg, wie er von den Katholischen und Evangelischen Kirchen in Deutschland praktiziert wird.

⁴⁹ Vgl. Papst Leo XIII. (1891), *Rerum Novarum – Über die Arbeiterfrage*: <https://bit.ly/2OrVzwr>; vgl. auch Heiliger Papst Johannes Paul II. (1981), *Laborem Exercens – Enzyklika über die menschliche Arbeit zum Neunzigsten Jahrestag der Enzyklika „Rerum Novarum“*, Nr. 20: <https://bit.ly/2wJxknc>; vgl. auch Zweites Vatikanisches Konzil (1965), *Pastoralkonstitution der Kirche in der Welt Gaudium et Spes*, 82, 99.

Arbeitgebern und Arbeitnehmern zum Gemeinwohl zu führen.⁵⁰ Dieser Ansatz wird unsere Gesellschaft in ihrer Gesamtheit stärken und in der Tat haben sich EU-Staaten mit einer langen Tradition des sozialen Dialogs von der zurückliegenden Wirtschaftskrise schneller erholt und sind zudem weniger stark in der Verteilung der Arbeit polarisiert.⁵¹

Es ist daher überraschend, dass dieses in den europäischen Verträgen verankerte Grundrecht⁵² während der Krise aufgrund europäischer Entscheidungen⁵³ unter Druck geraten ist. Ganz im Gegensatz zu diesem Vorgehen sollte die EU in der Gestaltung und Umsetzung ihrer Beschäftigungs- und Sozialpolitik alle relevanten Akteure in einen offenen Dialog einbeziehen, so dass alle Interessen gewahrt werden. Sie sollte insbesondere im Rahmen des Europäischen Semesters diesen breiten und offenen Dialog führen, der die Sozialpartner, zivilgesellschaftliche Akteure wie auch die Kirchen miteinbezieht. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Bedürfnisse, Erfahrungen und Erkenntnisse aller Akteure der Gesellschaft in die Politiken zur Gestaltung unserer Arbeitswelt einfließen.

Wir ermutigen daher die EU in ihrer Initiative, den sozialen Dialog zu stärken, indem sie diesen insbesondere auf europäischer Ebene unterstützt. Gleichzeitig sollten wir mithelfen, den

⁵⁰ Vgl. Papst Franziskus (2017), *Ansprache anlässlich der Begegnung mit der Arbeitswelt, arbeitslosen Vertretern von Unindustria, Gewerkschaften, dem Nationalen Genossenschaftsverband und Legacoop*, Pastoralbesuch in Bologna, <https://bit.ly/2HZHcMg> (in Englisch).

⁵¹ Eurofound (2017), *Occupational Change and Wage Inequality - European Jobs Monitor 2017*, S. 14, <https://bit.ly/2KKoB8G> (in Englisch).

⁵² Art. 152-155 Vertrag über die Funktionsweise der Europäischen Union (AEUV), siehe auch Art. 28 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union.

⁵³ Beispielsweise durch das Europäische Semester, durch das die Europäische Kommission mit ihren Mitgliedsstaaten jährlich die nationalen Finanz-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitiken koordiniert, und durch die Kreditprogramme der Troika – der Gruppe um die Europäische Zentralbank, dem Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Kommission – die Euro-Mitgliedsländer durch Finanzhilfen in der Schuldenkrisen unterstützt haben.



sozialen Dialog auch außerhalb von Europa zu fördern. In einer globalisierten Welt tragen auch die Arbeiter außerhalb unserer Grenzen zu unserer Wirtschaft bei. Manchmal arbeiten sie mit uns in ein und demselben Unternehmen an der Fertigung eines gleichen Produktes, doch müssen sie mit teils viel schlechteren Arbeitsbedingungen auskommen. Auch ihre Interessen auf gute Arbeitsbedingungen sollten wir vertreten.

OFFENE ARBEITSWELT FÜR ALLE

Als letztes, doch wichtigstes Element sollte diese neue Arbeitswelt allen offen stehen. Sie sollte somit auf das Ziel der Vollbeschäftigung ausgerichtet sein, so dass jede und jeder zur Entwicklung einer gerechten und nachhaltigen Gesellschaft beitragen kann.

Wie im zweiten Kapitel ausgeführt, ist Erwerbsarbeit mehr als eine Einkommensquelle, sondern eine in vielfacher Hinsicht sinnstiftende Tätigkeit. *„In der weltweiten sozialen Wirklichkeit von heute ist es daher über die begrenzten Interessen der Unternehmen und einer fragwürdigen wirtschaftlichen Rationalität hinaus notwendig, dass als Priorität weiterhin das Ziel verfolgt wird, allen Zugang zur Arbeit zu verschaffen“*⁵⁴.

Die Idee, jedem Bürger ein bedingungsloses Grundeinkommen zu gewähren, hat in den letzten Monaten zusehends an Bedeutung gewonnen. Da Befürworter und Gegner jedoch unterschiedliche Modelle in die Diskussion einbringen, bleiben zahlreiche Fragen offen: Kann das bedingungslose Grundeinkommen unsere derzeitigen Modelle des Sozialstaates adäquat ersetzen und wird es Menschen tatsächlich erlauben, mehr Zeit für Familien und Ehrenamt zu haben? Ist es gerecht, jedem Mitglied der

⁵⁴ Papst Franziskus (2015), *Laudato si'*, Enzyklika über die Sorge für das gemeinsame Haus, Par. 127: <https://bit.ly/1FofNK1>.

Gesellschaft den gleichen Betrag zu gewähren, obwohl einige Menschen aufgrund von Krankheit eine höhere Unterstützung benötigen, um ein Leben in Würde zu führen? Wird ein solches System den Schwächsten ermöglichen, sich voll und ganz an der Gesellschaft zu beteiligen, oder werden sie, ihre Familien und Kinder sich von der Gesellschaft vernachlässigt und mit Geld abgespeist fühlen? In Anbetracht all dieser Fragen scheint das bedingungslose Grundeinkommen kein Allheilmittel für die komplexe Herausforderung von Arbeitslosigkeit und Armut zu sein. Papst Franziskus erinnert dagegen, dass menschenwürdige und nachhaltige Arbeit uns mit Würde salbt und deshalb *„muss [es] klar sein, dass das wahre zu erreichende Ziel, nicht ‚das Einkommen für alle‘, sondern ‚die Arbeit für alle‘ ist! Denn ohne Arbeit, ohne Arbeit für alle gibt es keine Würde für alle.“*⁵⁵

Daher ist die Gesellschaft aufgerufen, dafür zu sorgen, dass sich niemand im digitalen und ökologischen Wandel zurückgelassen und von der technologischen wie auch gesellschaftlichen Entwicklung abgeschnitten fühlt. Dies gilt im besonderen Maße für die Arbeiter der umweltschädlichen Industrien, die befürchten, dass der ökologische Wandel ihnen ihren Beruf und ihre Lebensgrundlage wegnehmen könnte. Gerade mit Blick auf die notwendige breite Unterstützung für die Bewältigung des Klimawandels müssen wir ihr legitimes Interesse nach Sicherheit im Leben stets berücksichtigen und in ihre Umschulung und Weiterbildung investieren, damit wir den digitalen und ökologischen Übergang für alle vorteilhaft gestalten können.

Die EU könnte hierfür das bereits bestehende Instrument des *Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung* (EGF) nutzen. Seit 2007 unterstützt dieser Fonds europäische Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz aufgrund von

⁵⁵ Vgl. Papst Franziskus (2017), *Ansprache anlässlich der Begegnung mit Vertretern der Welt der Arbeit in Genua*: <https://bit.ly/2DVazNa>; Papst Franziskus (2015), *Laudato si'*, Enzyklika über die Sorge für das gemeinsame Haus, Par. 126: <https://bit.ly/1FofNK1>.



Handelsliberalisierung verloren haben. In Zukunft könnte die europäische Politik den EGF in einen Europäischen Übergangsfonds umwandeln und den Fonds zur Unterstützung aller Arbeiter ausrichten, die aufgrund des digitalen und ökologischen Wandels ihren Arbeitsplatz verloren haben. Die COMECE begrüßt daher, dass die Europäische Kommission wichtige Aspekte dieser Empfehlung in die laufenden Verhandlungen über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen eingebracht hat⁵⁶, und ermutigt die Mitgliedsstaaten wie auch das Europäische Parlament, diesen Vorschlag zu unterstützen.

Ebenso sollte die EU gemeinsam mit ihren Mitgliedsstaaten Menschen in der Langzeitarbeitslosigkeit besser unterstützen, indem öffentliche Institutionen sie individuell durch Arbeitssuche, Berufsausbildung, sozialpädagogische Betreuung und – soweit erforderlich – öffentlich finanzierte Arbeitsplätze unterstützt. Die katholische Kirche hat mit ihren Bewegungen und Organisationen langjährige Erfahrung in der Beratung und Unterstützung von Menschen, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, und ist bereit, ihre Erfahrungen mit der Politik zu teilen.⁵⁷

Damit die Wirtschaft aber letztlich der ganzheitlichen Entwicklung des Menschen dient, müssen Unternehmen bestärkt werden, in Personen zu investieren. Die Politik muss die Wirtschaft an ihre Berufung erinnern, Wohlstand und Arbeitsplätze zu schaffen. Darum verwundert es, dass die durchschnittlichen Steuersätze auf Arbeit im EU-Raum immer noch erheblich höher sind als die auf Kapital und dass sich zudem diese Diskrepanz seit 2009 gar

⁵⁶ Vgl. Europäische Kommission (2018), *Vorschlag für eine Verordnung über den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung*: <https://bit.ly/2zRi2lt>.

⁵⁷ Beispiele sind die Aktion Arbeit des Bistums Trier, Deutschland oder die Bischöfliche Arbeitslosenstiftung Linz, Österreich.



ausgeweitet hat.⁵⁸

In einer zunehmend kapitalintensiven Wirtschaft fordern wir daher die EU und ihre Mitgliedsstaaten auf, die Steuersätze zwischen Kapital und Arbeit auszugleichen. Insbesondere sollte die Politik die Besteuerung der Gewinne auf den Handel mit immateriellen Vermögenswerten, Informationen und Daten verbessern. Ebenso sollte sie Gesetzeslücken zwischen nationalen Steuersystemen in der EU schließen wie auch steuerliche Vergünstigungsregelungen mancher Mitgliedsstaaten beseitigen, die Steuervermeidung großer Konzerne und reicher Einzelpersonen erst ermöglichen. Wir unterstützen daher den Vorschlag für eine *Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage* (GKKB), die die Koordinierung der Steuersysteme potenziell verbessern kann, und fordern den Rat der EU auf, zu einer raschen Entscheidung zu gelangen. Eine Einigung zur besseren Abstimmung der europäischen Steuerpolitiken würde den Bürgern zeigen, dass die EU mehr als eine Gesamtheit von kleinen Interessengruppen ist, sondern „eine einzige Gemeinschaft [bildet], die sich unterstützt und hilft“⁵⁹. Ebenfalls bekräftigen wir den Vorschlag der Bischöfe der COMECE, eine EU-weite Finanztransaktionssteuer zu schaffen, um übermäßige Spekulation einzudämmen und schließlich Steuergerechtigkeit in Europa zu fördern⁶⁰.

Die Mehreinnahmen aus dieser gerechteren Steuerpolitik könnten bei der Finanzierung unserer Sozialstaaten helfen und somit wesentlich zur Gestaltung der neuen Arbeitswelt beitragen.

⁵⁸ Europäische Kommission (2017), *Taxation Trends in The European Union – Data for the EU Member States, Iceland and Norway*: <https://bit.ly/2w05d24> (in Englisch).

⁵⁹ Papst Franziskus (2017), *Ansprache anlässlich des COMECE (Re)thinking-Europe-Dialogs*: <https://bit.ly/2ydIRKn>.

⁶⁰ COMECE (2011), *Eine Europäische Solidaritäts- und Verantwortungsgemeinschaft – Erklärung der Bischöfe der COMECE zum EU-Vertragsziel der Wettbewerbsfähigen Sozialen Marktwirtschaft*, S. 9: <https://bit.ly/2dKm0PU>.

EMPFEHLUNGEN

Abgeleitet von der Vision einer menschenwürdigen, nachhaltigen und mitbestimmten Arbeitswelt für alle schlagen wir den Institutionen der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten die folgenden 17 Empfehlungen vor:

GRUNDVORAUSSSETZUNG: EINE WIRTSCHAFT IM DIENST DER GANZHEITLICHEN ENTWICKLUNG DES MENSCHEN

1. **Förderung der ganzheitlichen Entwicklung des Menschen:** Wir ermutigen die EU und ihre Mitgliedsstaaten, ihre Politik auf das EU-Vertragsziel einer sozialen Marktwirtschaft auszurichten. Zu diesem Zweck sollte die EU die Klima-, Beschäftigungs- und Armutsziele der Europa-2020-Strategie strikt einhalten und die Ziele der nachhaltigen Entwicklung in den Mittelpunkt einer neuen Zehnjahresstrategie für 2030 stellen.
2. **Ausgleich der wirtschaftlichen Freiheiten mit Sozialrechten:** Die EU sollte die Europäische Säule sozialer Rechte rasch in konkrete politische Maßnahmen umsetzen, indem sie alle Instrumente wie die europäische Gesetzgebung, das Europäische Semester, die EU-Förderpolitik und den sozialen Dialog nutzt. Wir erwarten, dass diese auf höchster Ebene getroffene Vereinbarung die EU-Politik auch über die Europawahlen hinaus prägen wird.

MENSCHENWÜRDIGE ...

3. **Einsatz für gute Arbeitsbedingungen in allen Beschäftigungsformen:** Das europäische Arbeitsrecht sollte gewährleisten, dass jeder Beschäftigte Anspruch auf einen



Kern von durchsetzbaren Rechten, wie das Recht auf gesunde Arbeitsbedingungen und den Zugang zu verpflichtender Fortbildung, hat. Darüber hinaus sollte die EU mit ihren Mitgliedstaaten sicherstellen, dass alle EU-Bürger unabhängig von ihrem Arbeitsverhältnis sozial abgesichert sind.

4. **Einhaltung internationaler Arbeitsnormen:** Gemeinsam mit ihren Mitgliedstaaten sollte sich die EU für die Umsetzung und Einhaltung internationaler Arbeitsnormen einsetzen. Dies gilt insbesondere für die Dreigliedrige ILO-Grundsatzerklärung über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik und die derzeitigen Verhandlungen über ein UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechte. Die Europäische Kommission sollte internationale Arbeitsnormen systematisch in ihre Freihandelsabkommen aufnehmen.
5. **Förderung der Anerkennung von Familien- und Freiwilligenarbeit:** In der Erziehung ihrer Kinder und der Pflege älterer Menschen leisten Familienmitglieder einen wichtigen Dienst für das Gemeinwohl. Daher sollten sie Zugang zu einer Krankenversicherung und Anspruch auf eine angemessene Rente haben. Darüber hinaus sollte die EU den Beitrag der Freiwilligenarbeit als Ausdruck des bürgerschaftlichen Engagements besser wertschätzen und die Anerkennung wie auch Validierung nichtformaler wie informeller Kompetenzen fördern, die durch Tätigkeiten im Freiwilligendienst und Ehrenamt erworben wurden.
6. **Verbesserung des Austauschs bewährter Praktiken zu angemessenen Arbeitszeiten:** Die Verbreitung mobiler Arbeitsgeräte kann zu einer Kultur der ständigen Verfügbarkeit führen. Wir fordern daher die EU auf, die europäische Arbeitszeitrichtlinie zu überarbeiten und andere rechtliche Möglichkeiten, wie das kürzlich von Frankreich erlassene *Recht auf Abschalten*, zu prüfen, um somit gesunde, stabile und würdige Arbeitszeiten im digitalen Wandel zu garantieren.

7. **Wiederaufnahme des Sonntagsschutzes im EU-Recht:** Da immer mehr Menschen an Feiertagen und Sonntagen arbeiten müssen, fordern wir die EU auf, den Sonntag in einer überarbeiteten Arbeitszeitrichtlinie als gemeinsamen Ruhetag zu schützen.

... NACHHALTIGE ...

8. **Erhalt sicherer und stabiler Arbeitsplätze:** Die EU sollte dem Gebrauch von kurzfristigen Verträgen oder anderen flexiblen Beschäftigungsformen, wie Null-Stunden-Verträgen, als Maßnahme der Kostensenkung entgegenwirken und helfen, dass Menschen in der befristeten Beschäftigung einen dauerhaften Arbeitsplatz finden. Um den Schutz von Arbeitnehmern in der *kollaborativen Wirtschaft* zu verbessern, sollte die Europäische Kommission auch die Notwendigkeit einer spezifischen EU-Richtlinie zu Arbeitsverhältnissen in der *kollaborativen Wirtschaft* erlassen und untersuchen, inwieweit bereits bestehendes EU-Recht, wie die *EU-Richtlinie über Leiharbeit*, auf bestimmte Internetportale bereits anwendbar ist.
9. **Neuausrichtung des Bildungsbegriffs:** In der Kindheit und Jugend legt Bildung den Grundstein für ein selbstbestimmtes Leben, doch sollte sie in einer sich rasch ändernden Arbeitswelt zum festen Bestandteil des Arbeitslebens gehören. Die Europäische Kommission sollte daher den Austausch bewährter Praktiken zur Förderung von Programmen für lebenslanges Lernen erleichtern. Insbesondere sollte die Europäische Kommission mit den Mitgliedsstaaten die Möglichkeit prüfen, ein persönliches Erwerbstätigenkonto einzurichten, mit dem jeder Arbeitnehmer Weiterbildung und Umschulung finanzieren kann.



10. **Förderung von Arbeit und Unternehmen, die im Einklang mit der Schöpfung stehen:** Die EU sollte gezielt die Schaffung umweltgerechter Arbeitsplätze und Unternehmen unterstützen. Zu diesem Zweck empfehlen wir der EU, die Entwicklung von sozialwirtschaftlichen Unternehmen voranzutreiben. Im Einklang mit dem *Bericht des Europäischen Parlaments über ein Statut für Sozial- und Solidarunternehmen* (2018) sollte die EU prüfen, ein Gütesiegel für Produkte der europäischen Sozialwirtschaft einzuführen und Unternehmen mit Gemeinwohlorientierung durch Aufträge der öffentlichen Beschaffung zu fördern.

11. **Nachhaltigkeit zu einem Leitprinzip für private Investitionen machen:** Voraussetzungen für die Schaffung nachhaltiger Arbeit sind Bedingungen, die gemeinwohlorientierte Investitionen fördern. Die COMECE begrüßt daher, dass die EU-Kommission die Entwicklung nachhaltiger Infrastrukturen durch den vorgeschlagenen *InvestEU-Fonds* schwerpunktmäßig unterstützen möchte. Zudem fordern wir den *EU-Aktionsplan zur Finanzierung nachhaltigen Wachstums* vollständig umzusetzen, um umweltgerechte und am Menschen orientierte Investitionen zu fördern.

... UND MITBESTIMMTE ...

12. **Bessere Einbeziehung der Sozialpartner, der Zivilgesellschaft und der Kirchen im Europäischen Semester:** Die EU sollte den Dialog mit diesen Akteuren fördern und sie in die Gestaltung als auch Umsetzung der europäischen Beschäftigungs- und Sozialpolitik, insbesondere im Rahmen des Europäischen Semesters, einbeziehen. Dies wird die Eigenverantwortung in den Mitgliedsstaaten stärken und eine reibungslose Umsetzung der europäischen Entscheidungen begünstigen.

13. Neubelebung des sozialen Dialogs auf allen Ebenen: Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sollten den sozialen Dialog mit Blick auf das Gemeinwohl fördern. Dieser Dialog sollte Beschäftigten und Arbeitgebern ermöglichen, untereinander die Bedingungen ihrer Arbeit mitzugestalten und ihnen zudem erlauben, den ordnungspolitischen Rahmen ihrer Arbeit im Austausch mit dem Staat mitzubestimmen. Die EU sollte insbesondere die Aushandlung autonomer Vereinbarungen auf europäischer Ebene fördern.

14. Anpassung des sozialen Dialogs an die post-industrielle Wirtschaft: Neue Beschäftigungsformen und der allgemeine Wandel in der Arbeitswelt stellen die traditionellen Modelle der Tarifverhandlungen und des sozialen Dialogs in Frage. Vor diesem Hintergrund sollten Gewerkschaften bei der Anpassung ihrer Kampagnenarbeit und Interessenvertretung unterstützt werden, um die Belange und Rechte aller Beschäftigten in der gesamten EU wirksamer vertreten zu können.

... ARBEITSWELT FÜR ALLE.

15. Begleitung im Übergang in die neue Arbeitswelt: Wir empfehlen, die Unterstützung der vom digitalen und ökologischen Wandel betroffenen Arbeitnehmern auszubauen und den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) in einen Europäischen Übergangsfonds mit erweitertem Budget umzuwandeln.

16. Entwicklung maßgeschneiderter Programme für Menschen in der Langzeitarbeitslosigkeit: Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sollten Menschen in der Langzeitarbeitslosigkeit besser und schneller integrieren, indem sie sie durch individuelle Arbeitssuche, Ausbildung und sozialpädagogischen Betreuung unterstützen und - soweit erforderlich - öffentlich finanzierte Tätigkeiten anbieten.



17. Förderung der Steuergerechtigkeit zwischen Arbeit und Kapital: Eine gerechtere Besteuerung kann bei der Finanzierung eines sozialverträglichen Übergangs in der Arbeitswelt helfen. Wir ermutigen daher den Rat der EU, die Besteuerung der digitalen Wirtschaft zu verbessern und eine Einigung über die vorgeschlagene *Richtlinie über eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage* (GKKB) zu erzielen, damit Gesetzeslücken zwischen nationalen Steuersystemen und damit die Möglichkeiten für Steuervermeidung geschlossen werden. In diesem Zusammenhang bekräftigen wir auch den Vorschlag der COMECE-Bischöfe, eine EU-weite Finanztransaktionssteuer einzuführen, um Spekulationen Einhalt zu gebieten und Steuergerechtigkeit zu fördern.

ANHANG

Diese Reflexion wurde unter der Verantwortung von **Weihbischof Antoine Hérouard**, Weihbischof von Lille (Frankreich) und Vorsitzender der COMECE-Sozialkommission zusammen mit seinem Vorgänger **Bischof Gianni Ambrosio**, Bischof von Piacenza (Italien) verfasst. An dem Beitrag haben ebenfalls die folgenden Personen und Organisationen mitgewirkt:

EXPERTEN DER COMECE-SOZIALKOMMISSION

Jesús Avezuela Cárcel (Delegierter Experte der Spanischen Bischofskonferenz)

Matthias Belafi (Delegierter Experte der Deutschen Bischofskonferenz von 2015-2018)

Simona Beretta (Delegierte Expertin der Italienischen Bischofskonferenz)

Emer Crooke (Delegierte Expertin der Irischen Bischofskonferenz seit 2018)

Sr Marie-Laure Dénès OP (Delegierte Expertin der Französischen Bischofskonferenz)

Ján Fabricovic (Delegierter Experte der Slowakischen Bischofskonferenz)

Kevin Flanagan (Delegierter Experte ad interim der Bischofskonferenz von England & Wales)

Jakub Jínek (Delegierter Experte der Tschechischen Bischofskonferenz)

Conn MacGabhann (Delegierter Experte der Irischen Bischofskonferenz von 2016-2018)

Philip McCarthy (Delegierter Experte der Bischofskonferenz von England & Wales)



Joao Pereira (Delegierter Experte der Portugiesischen Bischofskonferenz)

Shannon Pfohman (Ständiger Gast von Caritas Europa)

Br. Olivier Poquillon OP (Generalsekretär der COMECE)

Severin Renoldner (Delegierter Experte der Österreichischen Bischofskonferenz)

Victor Scheffers (Delegierter Experte der Niederländischen Bischofskonferenz)

Christoph Schinke (Delegierter Experte ad interim der Deutschen Bischofskonferenz in 2018)

Markus Vennewald (Sekretariat der COMECE)

Peter Verhaeghe (Ständiger Gast von Caritas Europa)

Johan Verstraeten (Delegierter Experte der Belgischen Bischofskonferenz)

KONSULTIERTE ORGANISATIONEN UND BEWEGUNGEN

- **Centre de recherche et d'action sociales (CERAS), Paris**
- **Europäische Bewegung Christlicher ArbeitnehmerInnen (EBCA)**
- **Europäisches Zentrum für Arbeitnehmerfragen (EZA)**
- **Internationale Vereinigung Christlicher Unternehmer (UNIAPAC)**
- **Internationale Koordination der Christlichen Arbeiterjugend (ICYCW)**
- **Internationale Christliche Arbeiterjugend (IYCW)**
- **Jesuit European Social Centre (JESC)**
- **Justitia et Pax Europa**